Der Umbau von Staat und Gesellschaft gemäß den Forderungen der Arbeitgeberseite wurde auch in der vergangenen Legislaturperiode mit Hilfe der SPD fortgesetzt. Das Abstimmungsverhalten vor allem bei Angriffen auf die Sozialsysteme weist fast 80% der SPD-Abgeordneten als konsequente Überzeugungstäter aus. Zehn Prozent können als Mitläufer gelten, und nur etwa weitere zehn Prozent stimmten häufiger gegen die Vorschläge der Fraktionsführung. Von Kai Ruhsert

Eine politische Wende in Deutschland ist ohne die SPD auf absehbare Zeit nicht machbar. Für die Zukunft des Landes ist es daher wichtig, die politischen Ziele der höheren SPD-Funktionäre zutreffend einschätzen zu können. Das Image, das diesen Politikern von den Medien zugeschrieben wird, ist dafür ebenso irrelevant wie etwaige, gehaltene Reden. Nur die tatsächlich getroffenen Entscheidungen zählen.

Seit Februar 2007 können die Ergebnisse namentlicher Abstimmungen des Bundestags im Internet eingesehen werden. Aus über 100 dokumentierten Abstimmungen wurden 16 ausgewählt, deren Themen von grundsätzlicher Bedeutung sind und Rückschlüsse über die politische Orientierung der Abgeordneten erlauben (siehe Anhang 1). Abgeordnete, die sich einer durch

- Umverteilung von unten nach oben
- repressive Verwaltung von Armut und Arbeitslosigkeit
- Privatisierung staatlicher Aufgaben
- Kriegseinsätze der Bundeswehr

gekennzeichneten Politik widersetzen wollen, hätten in allen 16 Fällen mit Nein stimmen können.
Dies hätte bedeutet, sich

- für die Rücknahme der Rentenkürzungen durch die Rente mit 67
- für einen echten Mindestlohn
- für die Erhöhung des Schonvermögens für ältere Bezieher des ALGII
- für wirksamere Maßnahmen gegen Steuerflucht

- für eine Beendigung der Kriegsbeteiligung in Afghanistan

sowie

- gegen die Unterstützung der sogenannten Antiterror-Maßnahmen des ehemaligen US-Präsidenten Bush
- gegen den wirtschaftsliberalen Lissabon-Vertrag
- gegen die Bahnprivatisierung
- gegen die so genannte Schuldenbremse (die Bund und Länder makroökonomisch handlungsunfähig zu machen droht)
- gegen das beschlossene, Banken und Versicherungen unverhältnismäßig begünstigende Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes
- gegen die von der Koalition beschlossene Erbschaftssteuerreform (die der weiteren Konzentration von Reichtum nicht entgegenwirkt und für mehr Leistungsungerechtigkeit sorgt)
- gegen die Gesundheitsreform (die das Ende der so genannten paritätischen Finanzierung der Gesundheitskosten einleitet)

zu entscheiden.

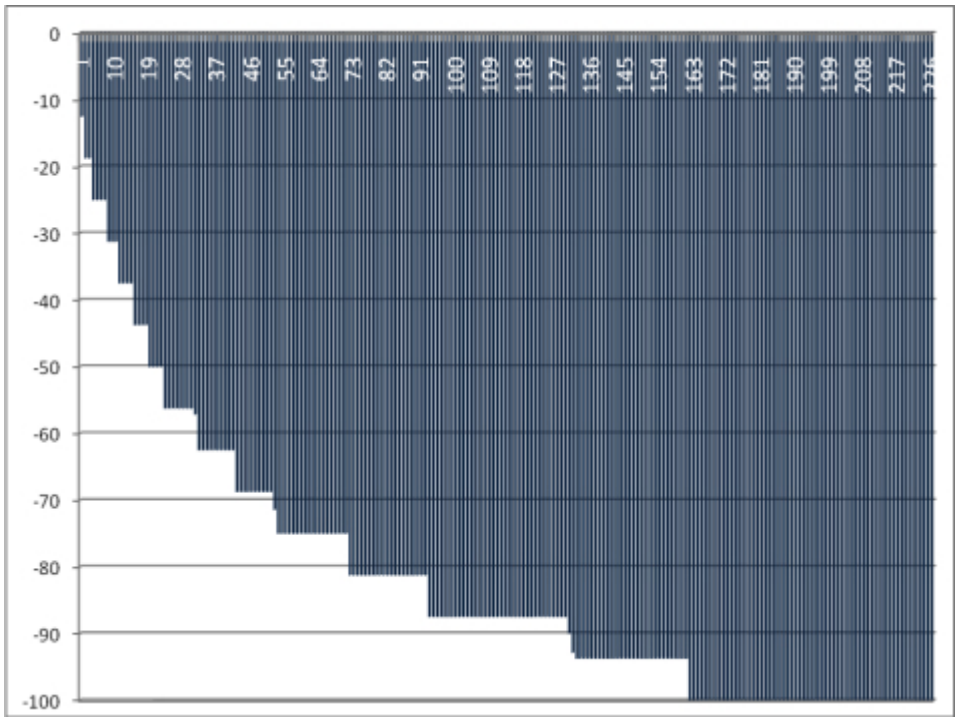
Zur Bewertung des Abstimmungsverhaltens:

- Ein regierungstreues Ja wird mit -1 Punkt, ein oppositionelles Nein mit +1 Punkt bewertet.
- Jedes andere Stimmverhalten (enthalten, ungültig, nicht abgegeben) bringt 0 Punkte.
- Der Durchschnittswert jedes Abgeordneten wird mit 100 multipliziert (um bei der weiteren Auswertung nicht mit gebrochenen Zahlen wie -0.67 hantieren zu müssen).
- Eine Bewertung von +100 erhält schließlich, wer in allen Fällen mit Nein abstimmte.

- Eine Bewertung von -100 bekommt, wer in allen Fällen (zugunsten der Regierung Merkel) mit Ja abstimmte.
- Mit 0 wird bewertet, wer sich immer enthielt, keine oder eine ungültige Stimme abgab oder ebenso oft mit Ja wie mit Nein abstimmte.

Dieses Bewertungsverfahren ist tendenziell wohlwollend, da nicht abgegebene Stimmen stets zu einer besseren Bewertung führen – auch dann, wenn der Grund für die Nichtabgabe der Stimme unpolitischer Natur war.

Grafik 1: Bewertungsergebnisse der SPD-Abgeordneten



Hinweise zur Interpretation der Grafik:

Die senkrechte Achse zeigt an, wie zuverlässig die Abgeordneten den Empfehlungen der Großen Koalition folgten.

Die waagrechte Achse umfasst die Menge aller Abgeordneten, sortiert nach dem Grad der Folgsamkeit.

Rechts außen findet sich die knapp 30% große Gruppe der Abgeordneten, die mit -100

bewertet werden, d.h. bei allen Abstimmungen anwesend waren und immer im Sinne der Großen Koalition abstimmten. Diese Mitglieder der SPD-Fraktion hatten tatsächlich niemals hinreichende Zweifel an der Richtigkeit ihres Tuns, um sich auch nur einmal der Stimme zu enthalten oder der Abstimmung fernzubleiben.

Sie können sich nicht darauf berufen, wegen der von ihnen erwarteten Fraktionsdisziplin anders nicht hätten handeln zu können: Mehr als insgesamt 100 Gegenstimmen (im Rahmen der 16 hier untersuchten Abstimmungen) und mehrere dutzend Enthaltungen beweisen, dass Widerstand durchaus möglich war. Diesen Unterschieden im Abstimmungsverhalten wollen wir durch eine angemessene Gruppierung Rechnung tragen:

- Wer sich höchstens einmal enthielt oder mit Nein stimmte, den ordnen wir im Hinblick auf die vorsätzliche Zerstörung des Sozialstaats in die Gruppe der Täter ein.
- Wer sich etwas häufiger enthielt oder mit Nein stimmte, also zwar selten, aber doch mehrere Male Mut zu einer eigenen, abweichenden Meinung bewies, gehört zu den Mitläufern.
- Wer sich mindestens bei jeder zweiten Abstimmung der Stimme enthielt oder Nein sagte (was einer Bewertung von -50 oder besser entspricht), soll der Gruppe der Zweifler zugeordnet werden.

Die Grenze zwischen Überzeugungstätern und Mitläufern setzen wir dort an, wo die Zahl der Enthaltungen und Nein-Stimmen deutlich ansteigt, also bei mehr als -70 Punkten (siehe Tabelle SPD-WP 16 in der Datei „091019 SPD-Abstimmungsverhalten Datenquelle.xls“). Damit gehören 175 von 225 Abgeordneten zur Gruppe der Überzeugungstäter, das sind 78%. Da auch einige Abgeordnete mit besseren Bewertungen kein einziges Mal mit Nein gestimmt hatten, ergibt sich ein eindeutiges Bild:

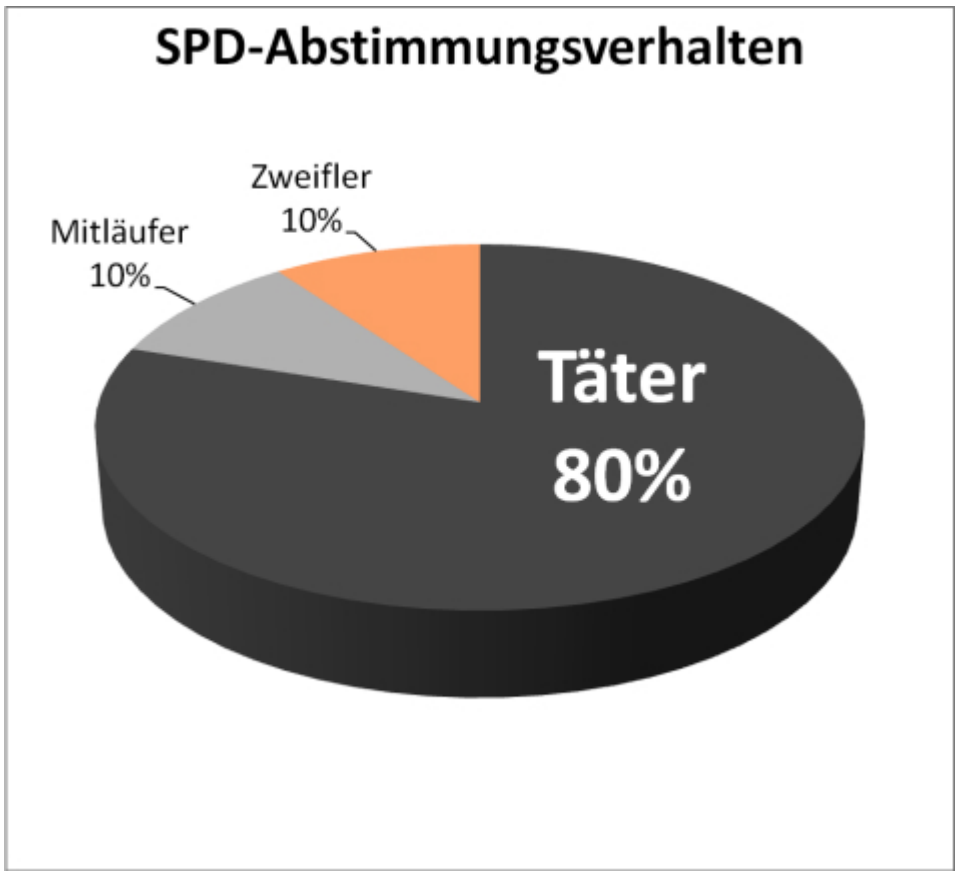
Über 80% der SPD-Bundestagsabgeordneten sind als Überzeugungstäter einzustufen, d.h. sie haben die Politik der Regierung Merkel nahezu uneingeschränkt unterstützt.

Oben links in der Grafik findet sich die kleine Gruppe der Zweifler (mit Werten von -50 oder besser), die etwas häufiger aus dem Konsens ausschieden. Nur 10% der Fraktion erreichen eine Bewertung von -50 oder besser. In anderen Worten:

Nur etwa 10% der SPD-Bundestagsabgeordneten haben sich der Politik der

Regierung Merkel mit erwähnenswerter Häufigkeit widersetzt!

Grafik 2: Verteilung der SPD-Bundestagsabgeordneten nach Abstimmungsverhalten



Anmerkungen und Schlussfolgerungen:

1. Kein SPD-Abgeordneter erhält eine positive Bewertung!
   Ausnahmslos alle haben auch bei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung häufiger für als gegen die Vorlagen der Regierung Merkel gestimmt.
2. Die überwältigende Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion hat den mit der Agenda 2010 eingeschlagenen Kurs im Rahmen der schwarzroten Koalition fortgesetzt und zeigt sich für grundsätzliche Kritik nicht empfänglich. Wirksame Initiativen für eine Kursänderung der SPD müssen offensichtlich von anderen Parteigremien als der Bundestagsfraktion ausgehen.
3. Nach der für die SPD katastrophalen Bundestagswahl 2009 versicherte eine Reihe von Kandidaten für SPD-Parteiämter, die Analyse politischer Fehler unterstützen zu

wollen. Die folgende Tabelle mag zur ersten, schnellen Orientierung darüber dienen, wie glaubwürdig solche Zusicherungen sind (je nachdem, von wem sie stammen):

Tabelle 1: Platzierungen einiger prominenter Fraktionsmitglieder

Zweifler (-50 oder höher)	Mitläufer (-51 bis -69)	Überzeugungstäter (-70 oder niedriger)
Ottmar Schreiner (-13)	Edelgard Bulmahn (-56)	Hans Eichel (-75)
Dr. Hermann Scheer (-44)	Sigmar Gabriel (-56)	Dr. h.c. Gernot Erler (-75)
Niels Annen (-50)	Hans-Ulrich Klose (-56)	Nina Hauer (-75)
Dr. Herta Däubler-Gmelin (-50)	Renate Schmidt (-56)	Dr. Karl Lauterbach (-75)
	Andrea Nahles (-69)	Christoph Strässer (-75)
	Otto Schily (-69)	Heidemarie Wieczorek-Zeul (-75)
		Ortwin Runde (-75)
		Monika Griefahn (-81)
		Stephan Hilsberg (-81)
		Brigitte Zypries (-81)
		Ulla Schmidt (-88)
		Dr. Peter Struck (-88)
		Dr. h.c. Wolfgang Thierse (-88)
		Dr. Dieter Wiefelspütz (-88)
		Hubertus Heil (-94)
		Johannes Kahrs (-94)
		Florian Pronold (-94)
		Olaf Scholz (-94)
		Ludwig Stiegler (-94)
		Klaus Uwe Benneter (-100)
		Franz Müntefering (-100)
		Walter Riester (-100)

4. Die Zahl der SPD-Parlamentarier ist von der 16. auf die 17. Wahlperiode von 222 auf 146 gesunken. Eine erste Überprüfung ergibt, dass von diesen Verlusten die Abgeordneten aller drei Abstimmungstypen (Täter, Mitläufer, Zweifler) gleichermaßen betroffen sind. Offenbar wurde nicht versucht, die Kritiker gezielt aus dem Parlament zu drängen. Die obige Verteilung wird sich im neuen Bundestag daher wohl

weitgehend unverändert wiederfinden.

Anhänge:

1. Liste der ausgewählten, namentlichen Abstimmungen des 16. Deutschen Bundestags
2. Einzelergebnisse aller SPD-Abgeordneten der 16. Wahlperiode
3. Zum Vergleich die Bewertungsergebnisse der Abgeordneten der Linkspartei der 16. Wahlperiode
4. Rohdaten

Anhang 1: Liste der ausgewählten, namentlichen Abstimmungen des 16. Deutschen Bundestags

1. Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD über den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG); Drs. 16/3100 und 16/4200
2. Gesetzentwurf der Bundesregierung sowie der Fraktionen der CDU/CSU und SPD über den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz) -Drs. 16/3794, 16/4372, 16/4420 und 16/4583
3. Über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Werner Dreibus, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Dieter Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Deutschland braucht Mindestlöhne; Drs. 16/4845 und 16/5585
4. Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Lötzsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Über Steuerflucht wirksam bekämpfen; Drs. 16/5673 und 16/2524
5. Namentliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen; Drs. 16/6460 und 16/6612

6. Namentliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2002) und 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen; Drs. 16/6939 und 16/7140
7. Gesetzentwurf der Bundesregierung über den Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007; Drs. 16/8300 und 16/8917
8. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD über die Zukunft der Fraktionen der CDU/CSU und SPD über die Zukunft der Bahn, Bahn der Zukunft – Die Bahnreform weiterentwickeln; Drs. 16/9070 und 16/9362
9. Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD über den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz – FMStG); Drs. 16/10600 und 10651
10. Gesetzentwurf der Bundesregierung über den Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Erbschaftssteuer- und Bewertungsrechts (Erbschaftssteuerreformgesetz – ErbStRG); Drs. 16/7918, 16/8547 und 16/11075
11. Gesetzentwurf der Bundesregierung über den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen; Drs. 16/10485 und 16/11669
12. Artikel 3 des Gesetzentwurfs der Fraktionen CDU/CSU und SPD sowie der Bundesregierung über den Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz – FMStErgG) in der Ausschussfassung; Drs. 16/12100, 16/12224, 16/12316 und 16/12343
13. Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sowie der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz – FMStErgG); Drsn: 16/12100, 16/12224, 16/12316 und 16/12343
14. Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d); Drs. 16/12410 und 1/13221(Schuldenberemse)
15. Über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Ernst, Dr. Martina Bunge, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Erhöhung des Schonvermögens im Alter für Bezieher von Arbeitslosengeld II – Drsn.: 16/5457 und 16/12912

16. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Ernst, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Lothar Bisky, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. über die Altersrente – Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre zurücknehmen; Drs. 16/12295

Anhang 2: Einzelergebnisse aller SPD-Abgeordneten der 16. Wahlperiode

Hinweis zur Interpretation der Werte:

Zweifler: -50 oder höher
Mitläufer: -51 bis -69
Überzeugungstäter: -70 oder niedriger

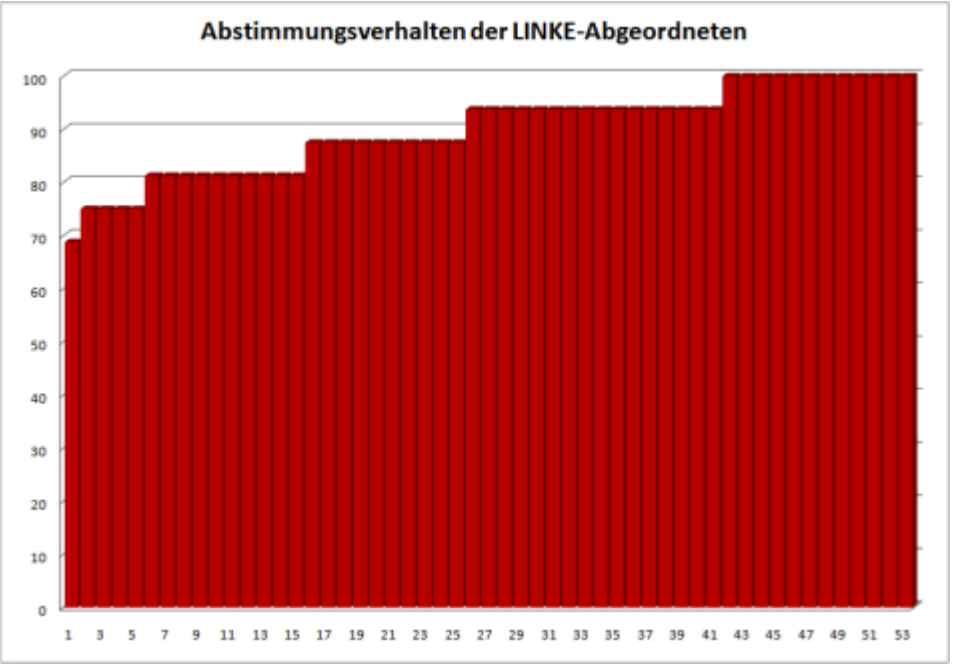
Ottmar Schreiner	-13	Christian Kleiminger	-63
Renate Gradistanac	-19	Jürgen Kucharczyk	-63
Dr. Wolfgang Wodarg	-19	Ulrike Merten	-63
Klaus Barthel	-25	Heinz Schmitt (Landau)	-63
Wolfgang Gunkel	-25	Ewald Schurer	-63
Hilde Mattheis	-25	Jella Teuchner	-63
Andreas Steppuhn	-25	Dr. Marlies Volkmer	-63
Marco Bülow	-31	Swen Schulz (Spandau)	-63
Rüdiger Veit	-31	Uwe Beckmeyer	-69
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)	-31	Kurt Bodewig	-69
Willi Brase	-38	Dagmar Freitag	-69
Martin Burkert	-38	Detlef Müller (Chemnitz)	-69
Helga Lopez	-38	Andrea Nahles	-69
Rene Röspel	-38	Otto Schily	-69
Ulla Burchardt	-44	Gert Weisskirchen (Wiesloch)	-69
Lothar Mark	-44	Dr. Matthias Miersch	-69
Dr. Hermann Scheer	-44	Mechthild Rawert	-69
Niels Annen	-44	Frank Schwabe	-69
Dr. Lale Akgün	-50	Jörg Tauss *(bis 20.6.2009)*	-71
Petra Hinz (Essen)	-50	Sabine Bätzing	-75
Waltraud Lehn	-50	Clemens Bollen	-75
Dr. Herta Däubler-Gmelin	-50	Dr. Peter Danckert	-75

Edelgard Bulmahn	-56	Hans Eichel	-75
Sigmar Gabriel	-56	Dr. h.c. Gernot Erler	-75
Angelika Graf (Rosenheim)	-56	Nina Hauer	-75
Hans-Ulrich Klose	-56	Astrid Klug	-75
Dr. Bärbel Kofler	-56	Ernst Kranz	-75
Renate Schmidt (Nürnberg)	-56	Christine Lambrecht	-75
Sönke Rix	-56	Dr. Karl Lauterbach	-75
Dr. Rainer Tabillion	-56	Petra Merkel (Berlin)	-75
Dr. Frank Schmidt *(bis 25.5.2009)*	-57	Maik Reichel	-75
Dr. Reinhold Hemker	-63	Gerold Reichenbach	-75
Gabriele Hiller-Ohm	-63	Michael Roth (Heringen)	-75
Reinhard Schultz (Everswinkel)	-75	Marlene Rupprecht (Tuchenbach)	-75
Christoph Strässer	-75	Dr. h.c. Susanne Kastner	-88
Heidemarie Wieczorek-Zeul	-75	Ulrich Kelber	-88
Ortwin Runde	-75	Karin Kortmann	-88
Gregor Amann	-81	Anette Kramme	-88
Dr. h.c. Gerd Andres	-81	Nicolette Kressl	-88
Dr. Axel Berg	-81	Ute Kumpf	-88
Petra Bierwirth	-81	Caren Marks	-88
Lothar Binding (Heidelberg)	-81	Marko Mühlstein	-88
Martin Dörmann	-81	Heinz Paula	-88
Garrelt Duin	-81	Johannes Pflug	-88
Karin Evers-Meyer	-81	Karin Roth (Esslingen)	-88
Günter Gloser	-81	Bernd Scheelen	-88
Monika Griefahn	-81	Ulla Schmidt (Aachen)	-88
Achim Großmann	-81	Carsten Schneider (Erfurt)	-88
Stephan Hilsberg	-81	Rolf Schwanitz	-88
Eike Hovermann	-81	Dr. Peter Struck	-88
Fritz Rudolf Körper	-81	Dr. h.c. Wolfgang Thierse	-88
Volker Kröning	-81	Franz Thönnes	-88
Dirk Manzewski	-81	Lydia Westrich	-88
Michael Müller (Düsseldorf)	-81	Dr. Margrit Wetzel	-88
Wolfgang Spanier	-81	Dr. Dieter Wiefelspütz	-88

Dr. Margrit Spielmann	-81	Heidi Wright	-88
Uta Zapf	-81	Dr. Ditmar Staffelt *(bis 12.1.2009)*	-90
Brigitte Zypries	-81	Dr. Rainer Wend *(bis 1.4.2009)*	-93
Ingrid Arndt-Brauer	-88	Rainer Arnold	-94
Dr. Carl-Christian Dressel	-88	Ute Berg	-94
Sebastian Edathy	-88	Volker Blumentritt	-94
Annette Faße	-88	Klaus Brandner	-94
Rainer Fornahl	-88	Karl Diller	-94
Iris Gleicke	-88	Elke Ferner	-94
Kerstin Griese	-88	Peter Friedrich	-94
Gabriele Groneberg	-88	Hubertus Heil	-94
Bettina Hagedorn	-88	Iris Hoffmann (Wismar)	-94
Klaus Hagemann	-88	Frank Hofmann (Volkach)	-94
Rolf Hempelmann	-88	Brunhilde Irber	-94
Dr. Barbara Hendricks	-88	Josip Juratovic	-94
Klaas Hübner	-88	Johannes Kahrs	-94
Lothar Ibrügger	-88	Helga Kühn-Mengel	-94
Ulrich Kasparick	-88	Dr. Uwe Küster	-94
Gabriele Lösekrug-Möller	-94	Gustav Herzog	-100
Markus Meckel	-94	Petra Heß	-100
Holger Ortel	-94	Gerd Höfer	-100
Dr. Wilhelm Priesmeier	-94	Dr. Eva Högl *(ab 12.1.2009)*	-100
Florian Pronold	-94	Christel Humme	-100
Steffen Reiche (Cottbus)	-94	Johannes Jung (Karlsruhe)	-100
Christel Riemann-Hanewinckel	-94	Walter Kolbow	-100
Axel Schäfer (Bochum)	-94	Rolf Kramer	-100
Olaf Scholz	-94	Dr. Hans-Ulrich Krüger	-100
Dr. Martin Schwanholz	-94	Angelika Krüger-Leißner	-100
Ludwig Stiegler	-94	Christian Lange (Backnang)	-100
Jörn Thießen	-94	Katja Mast	-100
Hedi Wegener	-94	Ursula Mogg	-100
Andreas Weigel	-94	Gesine Multhaupt	-100
Gunter Weißgerber	-94	Franz Müntefering	-100

Ernst Bahr (Neuruppin)	-100	Dr. Rolf Mützenich	-100
Doris Barnett	-100	Dr. Erika Ober *(ab 25.5.2009)*	-100
Dr. Hans- Peter Bartels	-100	Thomas Oppermann	-100
Sören Bartol	-100	Joachim Poß	-100
Dirk Becker	-100	Christoph Pries	-100
Klaus Uwe Benneter	-100	Dr. Sascha Raabe	-100
Gerd Bollmann	-100	Dr. Carola Reimann	-100
Dr. Gerhard Botz	-100	Walter Riester	-100
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)	-100	Dr. Ernst Dieter Rossmann	-100
Dr. Michael Bürsch	-100	Anton Schaaf	-100
Christian Carstensen	-100	Marianne Schieder	-100
Marion Caspers-Merk	-100	Silvia Schmidt (Eisleben)	-100
Elvira Drobinski-Weiß	-100	Dr. Angelica Schwall-Düren	-100
Detlef Dzembritzki	-100	Rita Schwarzelühr-Sutter	-100
Siegmund Ehrmann	-100	Jörg-Otto Spiller	-100
Petra Ernstberger	-100	Dieter Steinecke *(ab 2.6.2007)*	-100
Gabriele Fograscher	-100	Rolf Stöckel	-100
Gabriele Frechen	-100	Joachim Stünker	-100
Martin Gerster	-100	Simone Violka	-100
Dieter Grasedieck	-100	Jörg Vogelsänger	-100
Wolfgang Grotthaus	-100	Petra Weis	-100
Hans-Joachim Hacker	-100	Hildegard Wester *(ab 1.4.2009)*	-100
Alfred Hartenbach	-100	Andrea Wicklein	-100
Michael Hartmann (Wackernheim)	-100	Engelbert Wistuba	-100
Manfred Zöllmer	-100	Hans-Jürgen Uhl *(bis 1.6.2007)*	-100

Anhang 3: Zum Vergleich die Bewertungsergebnisse der Abgeordneten der Linkspartei der 16. Wahlperiode



Einzelergebnisse der Abgeordneten der Linkspartei:

Hans-Kurt Hill	69	Sevim Dagdelen	94
Diana Golze	75	Werner Dreibus	94
Oskar Lafontaine	75	Dr. Dagmar Enkelmann	94
Sabine Zimmermann	75	Dr. Gregor Gysi	94
Wolfgang Gehrcke	75	Dr. Lukrezia Jochimsen	94
Heidrun Bluhm	81	Ulla Lötzer	94
Klaus Ernst	81	Dorothee Menzner	94
Heike Hänsel	81	Wolfgang Neskovic	94
Cornelia Hirsch	81	Petra Pau	94
Monika Knoche	81	Dr. Herbert Schui	94
Katrin Kunert	81	Frank Spieth	94
Alexander Ulrich	81	Dr. Axel Troost	94
Jörn Wunderlich	81	Ulla Jelpke	94
Dr. Lothar Bisky	81	Dr. Gesine Lötzsch	94
Kornelia Möller	81	Hüseyin-Kenan Aydin	100
Eva Bulling-Schröter	88	Dr. Dietmar Bartsch	100
Dr. Diether Dehm	88	Karin Binder	100

Inge Höger	88	Lutz Heilmann	100
Dr. Hakki Keskin	88	Dr. Barbara Höll	100
Katja Kipping	88	Bodo Ramelow	100
Jan Korte	88	Elke Reinke	100
Ulrich Maurer	88	Paul Schäfer (Köln)	100
Dr. Norman Paech	88	Volker Schneider (Saarbrücken)	100
Michael Leutert	88	Dr. Ilja Seifert	100
Kersten Naumann	88	Dr. Petra Sitte	100
Dr. Martina Bunge	94	Dr. Kirsten Tackmann	100
Roland Claus	94		

Anhang 4: Rohdaten

- Datenquelle Abstimmungsverhalten SPD und LINKE [XLS – 124 KB]
- Datenquelle Abstimmungsverhalten SPD [PDF – 64 KB]
- Datenquelle Abstimmungsverhalten LINKE [PDF – 44 KB]